



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

04.8022.04 / 04.8027.04

BVD/P048022
BVD/P048027
Basel, 31. März 2010

Regierungsratsbeschluss
vom 30. März 2010

Anzug Susanne Hollenstein-Bergamin und Konsorten betreffend weiteres Vorgehen nach der knappen Ablehnung der DSP-Parking-Initiative

Anzug Stephan Gassmann und Konsorten betreffend Errichtung eines Parkhauses im Gebiet Aeschen mit einer gleichzeitigen Kompensation einer gewissen Anzahl oberirdischer Parkplätze

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 16. April 2008 den nachstehenden Anzug Susanne Hollenstein-Bergamin und Konsorten stehen gelassen und dem Regierungsrat zur erneuten Berichterstattung überwiesen:

„Am 16. Mai 2004 wurde die DSP-Initiative für die Aufhebung des Verbotes von City-Parkings und zur Förderung einer vernünftigen Verkehrsplanung mit einem Zufallmehr von wenigen hundert Stimmen abgelehnt. Die Initianten wie die Gegner bekräftigt nach dem Abstimmungsgang die gemeinsame Zielsetzung, dass Basel endlich eine autofreie und fussgängerfreundliche Innerstadt erhält. Das Gewerbe zeigte sich zudem beunruhigt, dass ohne eine adäquate Parkplatzsituation im Basler Zentrum der Stadt weitere Betriebe und Arbeitsplätze verloren gehen.

Es gehört zu einer gelebten Demokratie, die Resultate einer Volksabstimmung zu werten und die Schlussfolgerungen für die künftige Politik zu ziehen. Für die hauchdünne Ablehnung der DSP-Parking-Initiative heisst dies, dass sich der Regierungsrat nun nicht zurücklehnen kann, sondern dem Parlament neue Vorschläge unterbreiten sollte. Nachdem die Behandlung der Initiative auf die lange Bank geschoben wurde, wäre es nach dem Abstimmungsgang angemessen, der Bevölkerung und dem Gewerbe innert absehbarer Frist ein deutliches Signal zum weiteren Vorgehen zu geben.

Wir bitten daher den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- ob es nicht aufgrund des knappen Volksentscheides angezeigt wäre, im Sinne eines Kompromisses eine Lösung anzustreben, welche neue Parkhäuser im Raum Picassoplatz und Aeschenplatz zulässt.
- ob er bereit ist, sich mit den verschiedenen Interessengruppen (Gewerbe, Verkehrs- und Umweltverbände, Quartiervereine, etc.) gemeinsam an einen Tisch zu setzen, um ein tragfähiges Parkraumkonzept für Basel zu finden.

Suzanne Hollenstein-Bergamin, Ernst-Ulrich Katzenstein, Heinz Käppeli, Eugen Schmid, Roland Vögli, Susanne Haller, Dr. Rudolf Grüninger, Albi Meyer, Peter Bochsler, Markus Benz, Hanspeter Gass, Daniel Stolz"

Weiter hat der Grosse Rat an seiner Sitzung vom 16. April 2008 den nachstehenden Anzug Stephan Gassmann und Konsorten stehen gelassen und dem Regierungsrat zur erneuten Berichterstattung überwiesen:

„Es ist unbestritten, dass im Gebiet Aeschen ein Mangel an Parkplätzen besteht. Auch anlässlich der Behandlung der Parking-Initiative im Grossen Rat wurde auf diesen Umstand hingewiesen. Leider war man sich bei der Behandlung dieses Geschäftes im Grossen Rat nicht einig, ob bei der Errichtung eines neuen Parkhauses eine gewisse Anzahl oberirdischer Parkplätze aufgehoben werden müssen oder nicht. Dies führte dazu, dass dem Volk lediglich die Initiative zur Abstimmung vorgelegt und eine gleichzeitige Unterbreitung des regierungsrätlichen Gegenvorschlages, welcher eine kompensatorische Aufhebung von oberirdischen Parkplätzen vorsah, ablehnte. Das Resultat der Abstimmung vom vergangenen Mai zeigt klar, dass das Volk keine generelle Aufhebung des Verbotes zur Erstellung von Parkhäusern in der City will. Da wie erwähnt der Gegenvorschlag dem Volk nicht unterbreitet werden konnte, stellt sich die Frage, ob der Souverän einem Parkhaus im Gebiet Aeschen bei gleichzeitiger Aufhebung einer gewissen Anzahl von oberirdischen Parkplätzen zustimmen würde.

Die jetzige Situation ist insofern unerfreulich, da nun eine Patt-Situation besteht, welche niemanden richtig befriedigen kann. Auch die grossrätliche Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) hat bei der Beratung der Parking-Initiative festgestellt, dass im Raum Aeschen ein Bedürfnis für ein neues Parkhaus besteht.

Ebenfalls unbefriedigend ist das Trauerspiel um die Aufhebung der Parkplätze auf dem Münsterplatz. Aufgrund der dort immer noch vorhandenen Probleme betr. Ersatzparkplätzen muss wohl noch weiter auf eine Attraktivitätssteigerung dieses Platzes gewartet werden.

Wir bitten deshalb die Regierung zu prüfen und zu berichten, welche Möglichkeiten bestehen, um im Gebiet Aeschen ein Parkhaus zu errichten, dies mit gleichzeitiger Kompensation oberirdischer Parkplätze - mit einem möglichen Faktor von ca. 0,6 - und mit Einbezug des Ersatzes für die auf dem Münsterplatz aufzuhebenden Parkplätze.

Stephan Gassmann, Heinz Käppeli, Dr. Peter Schai, Stephan Ebner, Dr. Peter Eichenberger, Markus Lehmann, Pius Marrer, Fernand Gerspach, Marcel Rünzi"

Wir berichten zu diesen beiden Anzügen wie folgt:

1. Parking im Raum Aeschen

Der Regierungsrat respektiert den Volksentscheid zur DSP-Initiative „Für eine Aufhebung des Verbotes von City-Parkings“ und verfolgt aus diesem Grund keine Bestrebungen einer Aufhebung des grundsätzlichen Verbots im „Gesetz gegen den Bau von öffentlichen Auto-parkgaragen in der Innenstadt“ vom 21. März 1990.

Allerdings hat der Regierungsrat Verständnis für die Anliegen von Wirtschaft und Gewerbe, in fussläufiger Entfernung von der Innenstadt weitere attraktive Parkiermöglichkeiten anzubieten, auch weil in der Zwischenzeit – etwa auf dem Münsterplatz – Parkplätze aufgehoben wurden. Der Regierungsrat hat diese Haltung in seinem Entwurf für einen Gegenvorschlag

zur DSP-Initiative „Für eine Aufhebung des Verbotes von City Parkings“ zum Ausdruck gebracht und in der Beantwortung der Interpellation Nr. 75 Peter Malama betreffend Parkhaus im Raum Aeschen vom 1. November 2006 bekräftigt (RRB Nr. 06/36/33 vom 31. Oktober 2006).

1.1 Drei Parkingprojekte im Raum Aeschen

Um diesem Anliegen gerecht zu werden, sind in den letzten Jahren von privater Seite drei verschiedene Parkingprojekte unter dem St. Alban-Graben (Kunstmuseum), der Dufourstrasse (Picasso) und dem Aeschenplatz erarbeitet worden. Ausser der Lage unterscheiden sich die drei Projekte vor allem bezüglich der Anzahl Parkplätze, der Bauweise, der Auswirkungen auf den Verkehr, der Gestaltung des Parkings, der Eingriffe in die Baustruktur und in die Allmend (Denkmalschutz, städtebauliche Auswirkungen), der Baukosten sowie des Ausarbeitungsstandes des jeweiligen Projektes.

1.2 Variantenbewertung

Anfangs 2007 empfahl der Regierungsrat, die drei Projekte durch eine neutrale kriteriengestützte Bewertung zu beurteilen. Im Rahmen des Ratschlags „Innenstadt – Qualität im Zentrum“, welcher die Erarbeitung eines integralen Entwicklungskonzepts für die Innenstadt vorsieht, wurde diese Variantenbewertung als eine der ersten Massnahmen vorgesehen und budgetiert. Aufgrund der Dringlichkeit der Frage beauftragte der Regierungsrat das Baudepartement jedoch, die Vorbereitungsarbeiten zur Variantenbewertung bereits in Angriff zu nehmen. Das Baudepartement hat daraufhin einen entsprechenden Vorgehensvorschlag zuhanden der Koordinationskommission Verkehr (Baudepartement, Sicherheitsdepartement, Wirtschafts- und Sozialdepartement) erarbeitet, welcher an der Sitzung vom 22. Februar 2007 genehmigt wurde.

1.3 Variantenentscheid

Die Firma SNZ Ingenieure und Planer AG, Zürich, wurde mit der Durchführung der Studie „Parking-Evaluation Aeschen“ beauftragt; diese Studie wurde durch eine verwaltungsinterne Gruppe begleitet, in der folgende Stellen vertreten waren: Hochbau- und Planungsamt (ff), Tiefbauamt, Verkehrsabteilung des Sicherheitsdepartements und Basler Verkehrsbetriebe. Der Regierungsrat genehmigte am 10. April 2008 den Bericht der Firma SNZ Ingenieure und Planer AG vom 7. Januar 2008, welcher die Aspekte des Verkehrs, die Qualität des Parkings, die städtebaulichen Auswirkungen sowie die Chancen und Risiken der drei Projekte berücksichtigte. Damit der Regierungsrat einen definitiven Variantenentscheid fällen konnte, wurden noch weitere Abklärungen zur Kostenstruktur der Projekte verlangt. Die Projektverantwortlichen des Parkings Aeschenplatz haben in der Folge ihr Projekt zurückgezogen, weshalb im August 2008 nur noch die beiden Projektteams „Picasso“ und „Kunstmuseum“ die erforderlichen Unterlagen zur Wirtschaftlichkeitsberechnung und Baurechtszinsen einreichten.

Auf der Grundlage der Zusatzuntersuchung durch die Firma SNZ vom 13. Oktober 2008 beantragte das Baudepartement dem Regierungsrat, das Parking „Picasso“, das bei der Nutzwertanalyse am besten abschnitt und die höchste Wirtschaftlichkeit erreichte, weiterzuvorföhren. Der Regierungsrat beauftragte am 16. Dezember 2008 das Baudepartement, für das

priorisierte Parking „Picasso“ die rechtlichen Grundlagen sowie die Koordination für die Realisierung des Parkings mit dem Erweiterungsbau „Burghof“ zu schaffen. In der Folge des Beschlusses wurden beide Projektentwicklungsteams über den Entscheid des Regierungsrates informiert.

Die Planung des Erweiterungsbaus für das Kunstmuseum „Burghof“ legte es jedoch nahe, den Parking-Entscheid vom Dezember 2008 noch einmal zu überprüfen. Die baulichen Rahmenbedingungen für den „Burghof“ haben die Ausgangslage in verschiedener Hinsicht deutlich verändert, so dass der Regierungsrat den Variantenentscheid wieder bewusst offen lässt. Der Variantenentscheid Parking wird in Kenntnis des Wettbewerbsergebnisses „Burghof“ und nach Aufarbeitung der Nutzwertanalyse unter den neuen Gegebenheiten sowie den bisherigen verkehrlichen Kriterien gefällt werden. Der genaue Zeitpunkt dafür steht noch nicht fest.

1.4 Bebauungsplan

Um das Vorhaben zeitlich voranzutreiben, wurde das Verfahren zur Festsetzung eines Bebauungsplanes für ein Parking im Raum Aeschen bereits gestartet. Dazu wurde ein Bebauungsplan erarbeitet, welcher beide Parkingprojekte ermöglichen könnte, inkl. einer Kompensation von 60% der im Parking neu entstehenden Parkplätze auf Allmend. Sobald der Variantenentscheid gefällt ist, wird der Perimeter des Bebauungsplanes auf das konkrete Projekt reduziert.

Die öffentliche Planaufgabe des Bebauungsplans Nr. 13'396 fand von Montag, 15. Juni bis Dienstag, 14. Juli 2009 im Hochbau- und Planungsamt statt. Die Behandlung der eingegangenen Einsprachen und die Abwägung der raumwirksamen Interessen ist momentan im Gange und wird im Ratschlag zur Festsetzung des Bebauungsplanes behandelt werden.

2. Parkraumkonzept und -bewirtschaftung

Auf der Basis der Vorgaben des Verkehrsplanes Basel von 2001 wurde ein Konzept zur „Parkraumbewirtschaftung Stadt Basel“ erarbeitet. In dessen Vernehmlassung wurde mehrfach ein Runder Tisch zu diesem Thema gefordert. Der Regierungsrat kam diesem Anliegen nach und organisierte zwischen Februar 2006 und Januar 2007 gemeinsame Gespräche zwischen Gegnern und Befürwortern der Vorlage. Dabei konnte keine abschliessende Einigung erzielt werden, jedoch wurden verschiedene Punkte als Kompromissergebnis festgehalten. Der Regierungsrat folgte diesem Kompromiss in seinem Beschluss vom 20. November 2007, indem die Parkraumbewirtschaftung Basel gemäss den Diskussionen am Runden Tisch umgesetzt werden soll.

Das Sicherheitsdepartement wurde anschliessend mit der Erarbeitung eines Ratschlags zur Umsetzung der grundsätzlich beschlossenen Parkraumbewirtschaftung beauftragt. Dieser wurde vom Regierungsrat am 28. April 2009 beschlossen und anschliessend dem Grossen Rat überwiesen (09.0655.01). Der Grosse Rat hat in seiner Sitzung vom 13. Januar 2010 dem Ratschlag mit Änderungen zugestimmt. Gegen diesen Entscheid wurde vom Gewerbeverband und weiteren Organisationen das Referendum ergriffen; es ist zustande gekommen. Am 13. Juni 2010 wird über die kantonale Vorlage „Parkraumbewirtschaftung“ abgestimmt. Über den Zeitplan zur Vorlage des Ratschlags „Bebauungsplan Parking“ entscheidet der Regierungsrat nach der Abstimmung über die Parkraumbewirtschaftung.

3. Antrag

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, den Anzug Susanne Hollenstein-Bergamin und Konsorten betreffend weiteres Vorgehen nach der knappen Ablehnung der DSP-Parking-Initiative und den Anzug Stephan Gassmann und Konsorten betreffend Errichtung eines Parkhauses im Gebiet Aeschen mit einer gleichzeitigen Kompensation einer gewissen Anzahl oberirdischer Parkplätze stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin